

Forum

Kommentar

Michael Defrancesco
zur Verquickung von
Staat und Kirche



Privilegien mit Augenmaß abschaffen

Die katholische Amtskirche hat zahlreiche Baustellen zu bewältigen – neben den moralischen Verwerfungen und Reformfragen wird derzeit auch heftig über die Verquickung von Staat und Kirche diskutiert. Die Staatsleistungen an die katholische und die evangelische Kirche sind 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 40 Millionen Euro höher ausgefallen – aber auch die Frage nach dem katholischen Arbeitsrecht oder dem mangelnden Eingreifen von Staatsanwälten bei Missbrauchsfällen empört viele Menschen. In manch einer Talkshowdiskussion dachte man anfänglich, dass nur der Kirchenvertreter auf dem heißen Stuhl säße – doch plötzlich rückten auch anwesende Politiker und Juristen in den Fokus und mussten sich unangenehme Fragen über Unterlassungen und Untätigkeiten gefallen lassen.

Die Privilegien der Kirchen gibt es seit vielen, vielen Jahrzehnten – in der Regel liefen sie unter dem Radar des öffentlichen Interesses. Warum der Staat Kirchensteuer eintreibt, wurde nicht hinterfragt. Woher aktive und emeritierte Bischöfe ihr Gehalt bekommen, spielte keine Rolle. Was Staatsleistungen sind, wusste kaum jemand. Das hat sich jetzt geändert. Dank des ausufernden Missbrauchsskandals sind auch die Privilegien der Kirchen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, und vor allem die Nichtchristen fordern empört das Abschaffen aller „Extrawürste“.

Die Trennung von Kirche und Staat könnte und sollte konsequenter sein, das räumen inzwischen auch Kirchenvertreter ein. Auch viele Gläubige sind längst der Ansicht, dass die christlichen Kirchen ihre eigentliche Aufgabe – das Wort Gottes zu verkünden und die Barmherzigkeit und Liebe Gottes erfahrbar zu machen – besser erfüllen könnten, wenn sie keine staatlichen Privilegien genießen würden. Ja, sie gehören abgeschafft – aber mit Augenmaß und nicht aus einer Empörung heraus. Sonst richtet man beim Trennungsvorgang mehr Schaden an, als man Gutes erreichen würde.

E-Mail: michael.defrancesco@rhein-zeitung.net

Presseschau

**Olaf Scholz wird als führungs-
schwach wahrgenommen – was
sich zum Beispiel beim Streit um
die Pipeline Nord Stream 2 zeigt.**

Münchner Merkur

Ein Kanzler, der die Richtlinien der Politik nicht vorgeben will, muss damit rechnen, dass es andere für ihn tun. So ist es Olaf Scholz schmerzhaft in Washington passiert: So oft umschwurbelte er zuletzt die Zukunft der Ostseepipeline für den Fall einer russischen Invasion in der Ukraine, dass Bidens Sicherheitsberater dem Kanzler die Entscheidung wenige Stunden vor dessen Eintreffen in den USA abnahm: Gibt es einen Überfall, sei die Pipeline tot, basta. Unmut gibt es auch bei den Grünen, für die Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck jetzt ankündigte, dass sich Deutschland bei seiner Gasversorgung von Putins Russland unabhängig machen werde. Falls das alles Arbeitsteilung ist mit dem Ziel, dass Scholz mit seiner weichen Linie gegenüber Putin weiter als Vermittler auftreten kann, dann ist die Strategie riskant: Denn was zählt am Ende das Wort eines Kanzlers, der im Ausland als schwankend und im Inland als führungs-
schwach wahrgenommen wird?

Rechtsextremer in Richterrobe?

Der Fall Jens Maier lässt die Wellen hochschlagen – AfD-Politiker will seinen alten Job zurück

Von Corinna Schwanhold
und Jörg Schurig

Dresden. Der sächsische Verfassungsschutz stuft den AfD-Politiker Jens Maier als rechtsextrem ein. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag will er wieder als Richter im Freistaat arbeiten. Das sorgt nicht nur in Sachsen für Gesprächsstoff. Im Februar 2021 schilderte Jens Maier auf einem Parteitag in der Elbestadt seine Gemütslage. Dresden sei die „Hauptstadt des Widerstands“, Berlin die Stadt des „Multikulti, der Dekadenz und des allgegenwärtigen Kulturrassismus“. „Wenn ich dann freitags von Berlin nach Sachsen zurückkomme, nach Elbflorenz, dann ist das so, als ob man aus dem Dunkeln ins Licht zurückkehrt.“ Der 59-Jährige wurde damals auf Platz zwei der Landesliste für den Bundestag gewählt. Das reichte nicht. Da die AfD in Sachsen mehrere Direktmandate holte, zog die Liste am Ende nicht.

Kurz vor Weihnachten 2021 stellte Maier den Antrag auf Rückkehr in die sächsische Justiz, sein früherer Arbeitsplatz war das Dresdner Landgericht. Allerdings läuft die Heimkehr ins lichte Sachsen nicht ganz so geräuschlos, wie er sich das vorgestellt haben mag. Aus Sicht des Justizministeriums ist der Fall klar: Laut Abgeordnetengesetz hätten Richter das Recht, wieder ins Dienstverhältnis zurückzukehren. Allerdings gebe es keinen Anspruch auf die frühere Dienststelle. Bis zum 15. März muss das Ministerium entscheiden, wo der vom sächsischen Verfassungsschutz als Rechtsextremist eingestufte Maier künftig wieder Recht sprechen darf.

Spätestens seitdem der Fall Maier bei den „ARD-Tagesthemen“ auftauchte, hat er bundesweit Diskussionen ausgelöst. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob man einem Mann wie Maier, der sich durch den Begriff Rechtsextremist eher geadelt fühlt, nicht doch die Rückkehr auf den Richterstuhl verwehren kann. „Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, der macht irgendetwas verkehrt“, hatte Maier erklärt. Für Rico Gebhardt, Fraktionschef der Linken im sächsischen Landtag, steht fest: „Dieser Mann darf nie wieder Recht sprechen.“ Auch der SPD-Politiker Albrecht Pallas hält Maier für „untragbar“.



Für den Bundestag hat es bei Jens Maier nicht gereicht. Jetzt will der AfD-Politiker, der vom sächsischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird, zurück in seinen alten Beruf als Richter am Landgericht. Foto: dpa

Beim Internationalen Auschwitz Komitee löst die Vorstellung einer Rückkehr Maiers ebenfalls Entsetzen aus. „Für Überlebende des Holocausts und Verfolgte des Naziregimes ist die Vorstellung, dass ein solcher Mensch als Richter im Namen des deutschen Volkes Urteile fällen sollte, schlichtweg unvorstellbar und unerträglich“, sagte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner. Es bleibe zu hoffen, dass Maier von der Justiz ferngehalten werde. Ganz so einfach scheint es jedoch nicht.

Sachsens Justizministerin Katja Meier (Grüne) steckt in einer Zwickmühle. Sie muss Recht und Gesetz befolgen, ist aber zugleich politischem Druck ausgesetzt. „Also ich glaube, man kann mir als Person wirklich nicht vorwerfen, dass ich, was die Frage der Bekämpfung des Rechtsextremismus angeht, da nicht eine klare Haltung habe“, sagte sie in einem Podcast von Sächsische.de. Die oberste Dienstbehörde habe beim Abgeordnetengesetz keinen Ermessensspielraum, betonte die Ministerin, ohne Maier namentlich zu nennen: „Ich kann nicht eingreifen. Wenn wir das tun könnten, dann würden wir es tun.“

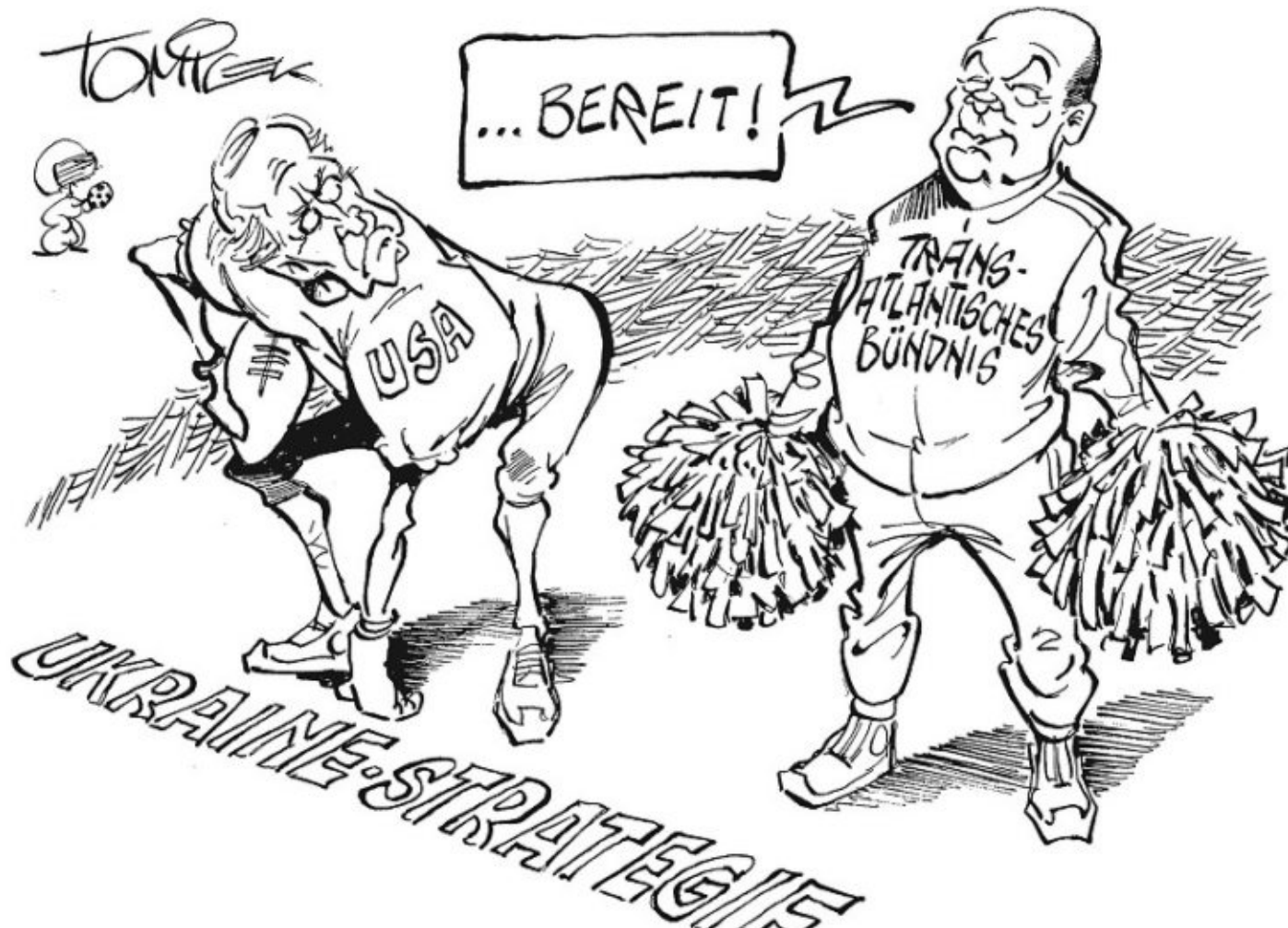
Der Bremer Verfassungsrechtler Andreas Fischer-Lescano widerspricht – zuerst in einem Blog und dann in den „ARD-Tagesthemen“. Er meint, dass ein Mann wie Maier nie wieder eine Robe überstreifen darf. Die Haltung der sächsischen Justiz hält er für „skandalös“. Er beschuldigt sie, sich dem Kampf gegen den Rechtsextremismus zu verweigern. In der ARD nannte er die Justizministerin sogar einen „Teil des Problems“. Das Ministerium könne durchaus mit einem Disziplinarverfahren eingreifen, solange Maier noch keinem Gericht zugeordnet sei und ein Eilfall mit „Gefahr in Verzug“ vorliegen würde.

Meier hält dagegen: „Ich habe, um ehrlich zu sein, auch noch keinen anderen Wissenschaftler oder jemanden mit juristischem Sachverstand gehört, der die Meinung von Herrn Fischer-Lescano teilt.“ Ein Disziplinarverfahren müsse von dem Gericht, an dem Maier später wieder arbeite, auf den Weg gebracht werden. Das Land Sachsen selbst könne ein solches Verfahren nicht anstrengen. „Wenn wir das als Ministerium machen würden, dann würden wir möglicherweise einen unheilbaren Mangel produzieren.“

„Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, der macht irgendetwas verkehrt.“

AFD-Politiker
Jens Maier

Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Teamgeist

Huffer-Kilian@t-online.de

Leserbriefe

Die katholische Kirche steckt in der Krise.

„Austrittsgründe vorgeschoben“

Mir scheinen die Gründe der allermeisten aktuellen Kirchenaus-tritte nur vorgeschoben. Es geht doch nur um das Sparen der Kirchensteuer. Wenn das Fehlverhalten römisch-katholischer Amtsträger Grund wäre für die Austritte, dürfte es keine Austritte aus der evangelischen Kirche geben. Warum wechseln die römisch-katholischen Gläubigen nicht zur Alt-katholischen Kirche (oder einer evangelischen)? Dort ist nahezu alles verwirklicht, was von vielen Katholiken an ihrer Kirche bemängelt und als Austrittsgrund angegeben wird. Gottlob bleibt die Kirche als die vom Sohn Gottes auserwählte Gemeinde davon völlig unberührt.
Uwe Weimert, Bad Kreuznach

Im Interview sprach Ministerpräsidentin Malu Dreyer über die mögliche Impfpflicht.

„Qualifizierte Mehrheit nötig“

Frau Dreyer erwähnt hier, dass sich alle in einer Demokratie der Mehrheit beugen müssten. Das mag für normale Gesetze und Maßnahmen wohl gelten. Aber wenn es darum geht, die Verfassung auszuhebeln, die den Bürgern sowohl Würde als auch körperliche Unversehrtheit garantiert, sehe ich das persönlich nicht so. Ich würde in diesem Fall wenigstens eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag verlangen, die auch für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Zurzeit gibt es mangels flächendeckender Sequenzierungen nicht mal gesicherte statistische Erkenntnisse darüber, wie viele Erkrankte überhaupt Omikron haben. Es gibt auch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, inwieweit die bisherigen Impfungen gegen Omikron schützen. Die Hospitalisierungsrate ist niedrig, wird aber, im Gegensatz zu der mittlerweile nichtssagenden Inzidenzrate, nicht genauer ausgeführt. Mit dieser werden die Menschen aber weiter in Angst versetzt.
Manfred Reiss, Boppard

Altkleider aus Industriestaaten verursachen in Afrika Probleme.

„Zum Scheitern verurteilt“

Und wieder wurde uns klar vor Augen geführt, welch scheinheilige Politik von weiten Teilen der reichen Industrienationen gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern betrieben wird: Einerseits gibt es seit Jahrzehnten Milliardentransfers an sogenannter Entwicklungshilfe beziehungsweise Spendengeldern, zugleich wird andererseits zum Beispiel die heimische Textilindustrie der betreffenden Staaten systematisch zerstört, indem wir barmherzigen Samariter ihnen den textilen Abfall unserer Überflussesgesellschaft günstig verkaufen. Dasselbe geschieht auf dem Agrarsektor, wo heimische Gemüseproduzenten oder Geflügelzüchter mit hochsubventionierten Billigimporten aus der EU konkurrieren müssen und damit zum Scheitern verurteilt sind.
Susanne Windheuser, Saffig

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein-Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Wir schätzen Ihre Meinung und wollen möglichst viele Leser zu Wort kommen lassen. Von den zahlreichen Zuschriften, die uns täglich erreichen, können wir aber nur einen Teil veröffentlichen und müssen oftmals auch kürzen.